

Traum vom Durchstich ausgeträumt?

Auch Prerow steigt aus dem Zweckverband Maritimer Lückenschluss aus

Von Robert Niemeyer

Prerow/Stralsund. Der Traum vom Durchstich ist wohl ausgeträumt. Die Gemeindevertretung Prerows hat am Donnerstagabend gegen die neue Satzung des Zweckverbands Maritimer Lückenschluss Warnemünde-Stralsund gestimmt. Offiziell möchte Landrat Ralf Drescher (CDU), Vorsitzender des Zweckverbands, zwar nicht das Ende des Verbundes verkünden. Nachdem vor wenigen Wochen aber bereits die Gemeinden Pruchten und Kenz-Küstrow ihren Austritt beschlossen hatten, hat Drescher erklärt, dass bei weiteren Austritten der Zweckverband keinen Sinn mehr mache. „Ich werde mit den verbliebenen Mitgliedern darüber sprechen, ob und wie es mit dem Zweckverband weitergeht“, sagte der Landrat gestern.

Es sollte eines der größten Infrastrukturprojekte in der Region werden, eine schiffbare Verbindung zwischen Ostsee und Bodden über die Halbinsel Fischland-Darß-Zingst – bekannt als sogenannter Durchstich. Mit gleichzeitiger Boddensanierung sollte das Gebiet zwischen Halbinsel und Boddenküste zum Seglerparadies werden. „Die Boddensanierung und der Durchstich können nur gemeinsam in einer Allianz vorangetrieben werden. Offensichtlich gibt es immer wieder einzelne, die nicht bereit

2015 gegründet

Der Zweckverband „Maritimer Lückenschluss Warnemünde-Stralsund“ ist ein Zusammenschluss der Gemeinden auf der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst und der Boddengemeinden. Er wurde Anfang September 2015 gegründet mit dem Ziel, durch den Durchstich die Boddenregion zu beleben. Auch der Landkreis Vorpommern-Rügen ist Verbandsmitglied.

sind, etwas für die Allgemeinheit zu tun, zumal von den ablehnenden Personen in Prerow keinerlei konstruktive Kritik vorgetragen wurde. Vielleicht sind diese Kräfte aber auch mit dem Status Quo zufrieden“, so Drescher.

Zwei Jahre lang diskutierten die Mitgliedsgemeinden, wo dieser Durchstich denn gebaut werden sollte. Weil sich der Zweckverband in diesem Punkt aber nicht einigen konnte, sollten neue Aufgaben hinzu kommen. Lobby-Arbeit für die Tourismusregion und die Erarbeitung eines sogenannten Mobilitätskonzepts gehörten dazu. Damit sollte der Zweckverband überhaupt erst arbeitsfähig gemacht werden. Ein Geschäftsführer, eine Geschäftsstelle und ein Dienstwagen sollten zur Ausstattung gehören.

Der Mehrheit der Prerower Gemeindevertretung war dies am Ende vor allem zu teuer. Rund 64 000 Euro hätte die Darßgemeinde in den Jahren 2018 bis 2021 für die Mitgliedschaft zahlen müssen. Von einem Gesamtvolumen von rund 600 000 Euro ist die Rede, das alle Mitgliedsgemeinden hätten tragen müssen. „Das ist viel Geld für eine Geschichte, die anders gekommen ist, als geplant“, sagte Roman Grzonka (Fraktion Handwerker). Letztlich stimmten die sieben Vertreter der Fraktionen Handwerker und Gewerbeverein gegen die Zweckverbandssatzung. „Damit



Ich bin erschüttert. Es wurde die Chance vertan, mit einer Stimme zu sprechen.

Frank Ilchmann,
Bürgermeister Ribnitz-Damgarten

ist Prerow raus“, stellte Bürgermeister René Roloff fest.

Zuletzt hatte es auch andernorts Zweifel an dem Verbund gegeben. Die Ahrenshooper Gemeindevertretung verwies die Satzung am Donnerstag in die Ausschüsse. Auch in der Ribnitzer-Damgartener Stadtvertretung mehrten sich zuletzt die kritischen Stimmen. Aus der Stadtverwaltung kommt allerdings deutliche Kritik an der Entscheidung der Prerower Politik. „Ich bin erschüttert. Es wurde die Chance vertan, mit einer Stimme zu sprechen. Da wurde zu kurz gedacht“, sagte Bürgermeister Frank



Offensichtlich gibt es einzelne, die nicht bereit sind, etwas für die Allgemeinheit zu tun.

Ralf Drescher (CDU),
Landrat Vorpommern-Rügen

Ilchmann. Über den Durchstich oder die Boddensanierung brauche man jetzt nicht mehr zu diskutieren. „Da wird sich niemand mehr drum kümmern“, so Ilchmann.

„Ich bedauere die Entscheidung sehr“, sagt auch Gerd Scharmberg, Bürgermeister von Born. Die Frage nach dem bisher Erreichten sei zu kurz gedacht, da der Zweckverband erst mit dem Beschluss der Satzung seine Arbeit hätte aufnehmen können. „Für unsere gemeinsamen Interessen müssen die Gemeinden über den Tellerrand gucken“, so Scharmberg.

Born hält zum Zweckverband

Gemeindevertretung stimmt mehrheitlich für die neue Satzung

Von Robert Niemeyer

Born. Die Gemeinde Born hat sich zum Zweckverband Maritimer Lückenschluss Warnemünde-Stralsund bekannt. Mehrheitlich mit sieben Ja-Stimmen der Fraktion Bürger für Born (BfB) bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung der Fraktion Borner Alternative (BA) stimmte die Gemeindevertretung am Donnerstagabend der überarbeiteten Satzung des Zweckverbands zu. „Ich bin der Überzeugung, dass wir unseren Interessen auf maritimer Ebene nur gemeinsam Nachdruck verleihen können“, sagte Borns Bürgermeister Gerd Scharmberg (BfB).

Mit dem Beschluss sollte laut Scharmberg ein Signal gesetzt werden. „Das Signal aus Prerow schockiert mich“, sagte der Bürgermeister. Die Gemeindevertretung Prerow hatte eine Woche zuvor mehrheitlich gegen die Satzung und damit für den Austritt aus dem Zweckverband gestimmt.

Zuvor waren bereits die Gemeinden Pruchten und Kenz-Küstrow ausgetreten. Die Zukunft des Verbunds der Städte und Gemeinden auf der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst und rund um den Bodden steht seitdem auf der Kippe. Verbandsvorsteher Ralf Drescher, Landrat Vorpommern-Rügens, hatte nach dem Rückzug Prerows das Bestehen offen gelassen. In Abstimmung mit den Mitgliedern soll besprochen werden, ob und wie es weitergeht.

Der Borner Beschluss mache ihm Mut, teilte Drescher auf Anfrage

mit. „Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben. Vielleicht schafft es die Region ja, die Gemeinde Prerow umzustimmen“, so der Landrat. Es dürfe nicht um persönliche Befindlichkeiten gehen. Drescher bietet nun sogar an, als Vermittler für Gespräche zwischen den Fraktionen in der Gemeindevertretung Prerows zu fungieren.

2015 war der Zweckverband Maritimer Lückenschluss gegründet worden, um wichtige maritime Infrastrukturprojekte wie einen Etappenhafen im Bodden, eine schiffbare Verbindung aus der Ostsee und den Bodden – den sogenannten Durchstich – sowie die Boddensanierung voranzutreiben. Diese Zie-



Gerd Scharmberg (BfB),
Bürgermeister von Born

le reichten jedoch nicht aus, um als Zweckverband vom Innenministerium genehmigt zu werden. So sollten nun neue Aufgaben wie etwa der Erhalt des Radwegenetzes in der Region sowie die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes den Ver-

„Ich bin der Überzeugung, dass wir unseren Interessen auf maritimer Ebene nur gemeinsam Nachdruck verleihen können.“



Landrat Ralf Drescher (CDU),
Zweckverbandsvorsteher

band auf rechtlich sichere Füße stellen.

Kritikern ist das allerdings zu wenig. Auch die drei Hauptziele seien in weite Ferne gerückt. „Der Etappenhafen hat sich mit dem Hafenneubau in Prerow erledigt“, sagte

„Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben. Vielleicht schafft es die Region ja, die Gemeinde Prerow umzustimmen.“

Albrecht Kiefer (BA). Auch in Sachen Durchstich sei eine Einigung zwischen den Gemeinden, wo er denn gebaut werden soll, nicht absehbar. Für die Sanierung des Boddens fehle es dem Gewässer an wirtschaftlicher Bedeutung. Sinnvoller wäre es, dass die Gemeinde Born dem Tourismusverband Fischland-Darß-Zingst beitrete.

Mit endgültiger Gründung des Zweckverbands soll auch ein Geschäftsführer samt Assistenten sowie eine Geschäftsstelle installiert werden. Die Gemeinde Born müsste – so der Zweckverband denn wirklich gegründet wird – jährlich zwischen 23 300 und 25 200 Euro an Mitgliedsbeiträgen zahlen.

Zoff um Posten im Betriebsausschuss

Zahl der Mitglieder wird von fünf auf vier verringert

Born. Reichlich Zoff gab es in der Gemeindevertreterversammlung unter den Fraktionen um die Besetzung des Betriebsausschusses für den Borner Kurbetrieb. Zuletzt waren Philipp Schubert und Erik Roepke vonseiten der Bürger für Born aus dem Ausschuss zurückgetreten. Auch Bürgermeister Gerd Scharmberg machte deutlich, dass er mit den beiden Vertretern der Borner Alternative nicht mehr in dem Ausschuss zusammenarbeiten wolle. „Ihr Auftreten ist nicht geeignet, Sie im Betriebsausschuss zu tragen“, sagte der Bürgermeister in Richtung Klaus Dieter Holtz und Al-

brecht Kiefer von der Borner Alternative, die den Kurbetrieb durchweg attackieren würden.

Mit der Änderung der sogenannten Hauptsatzung, die die Besetzung des Kurbetriebsausschusses regelt, solle Ruhe reinkommen, so Scharmberg. Die Mehrheit der Bürger für Born stimmte somit für die Reduzierung der Zahl der Ausschussmitglieder von fünf auf vier, wobei die Borner Alternative nur noch einen statt zwei Sitze hat und der Bürgermeister als Mitglied gesetzt ist. „Die Reduzierung ist eine Verschlechterung der demokratischen Verhältnisse“, sagte Antje

Hückstädt (BA). Es bestehe bei vier Mitgliedern die Gefahr einer Pattsituation – und das in einem beschließenden Ausschuss. Klaus-Dieter Holtz (BA) kündigte eine rechtliche Prüfung dieses Beschlusses an. Seiner Auffassung nach dürfe der Bürgermeister nicht gesetzt sein. Er dürfe sogar gar kein Mitglied im Ausschuss sein, da nur Gemeindevertreter laut Satzung Mitglied sein dürften. „Wir haben zehn Gemeindevertreter und einen Bürgermeister“, so Holtz. Demnach sei das Stimmenverhältnis in der Gemeindevertretung sechs zu vier, der Borner Alternative stünden so-

mit zwei Sitze zu. Gerd Scharmberg hielt entgegen, dass die Bürger für Born sieben Sitze haben, von denen er einen durch die Direktwahl des Bürgermeisters besetzt. Das Stimmenverhältnis liege also bei sieben zu vier. Überdies hätte eine rechtliche Prüfung durch die Kommunalaufsicht ergeben, dass ein solches Vorgehen möglich sei.

Neben Gerd Scharmberg wurden letztlich Edwin Knopf und Philipp Schubert für die Bürger für Born und Klaus-Dieter Holtz für die Borner Alternative in den Betriebsausschuss gewählt. 109

OZ/Lok/Rib vom 07.09.2017

Ausgeträumt: Projekt Durchstich wohl gescheitert

Keine Seglerroute durch Bodden / Landrat will Zweckverband auflösen

Von Robert Niemeyer

Ribnitz-Damgarten/Stralsund. Von der Ostsee auf kurzem Wege in den Saaler Bodden segeln, eine Pause im modernen Zwischenhafen und weiterfahren Richtung Rügen: Das war der große Traum, von dem sich Touristiker und Bürgermeister von Ribnitz-Damgarten bis Zingst einen Quantensprung in der touristischen Entwicklung erhofft hatten.

Dieser Traum scheint ausge-träumt. Vorpommern-Rügens Landrat Ralf Drescher (CDU) schlägt vor, den sogenannten Zweckverband Maritimer Lückenschluss Warnemünde-Stralsund aufzulösen. Gestern informierte Drescher, gleichzeitig Verbandsvorsteher, die Mitgliedsgemeinden darüber, dafür eine Versammlung einzuberufen.

Eine Entwicklung, die sich abgezeichnet hatte. Die Gemeinden Pruchten und Kenz-Küstrow waren bereits ausgetreten. Den Ausschlag hat aber offenbar Prerow gegeben. Ein Zweckverband ohne die Darß-Gemeinde erscheint laut Drescher nicht tragfähig. „Es ist

schwer zu verstehen, dass in Prerow ausgerechnet die Vertreter des Gewerbevereins und Handwerker die maritime und damit wirtschaftliche Entwicklung der Boddenregion ausbremsen.“ Die beiden Fraktionen hatten gegen die neue Satzung des Verbands gestimmt, damit wäre Prerow raus. Auch ein Vermittlungsgespräch mit dem Landrat sei unter anderem wegen „unannehmbarer Vorbedingungen“ abgelehnt worden.

Die sieht Andreas Meller, Vize-Bürgermeister Prerows und Sprecher der Fraktion Gewerbeverein, nicht. Er sei gesprächsbereit gewesen. Überhaupt sei er nicht für ei-

2015 gegründet

Der Zweckverband „Maritimer Lückenschluss Warnemünde-Stralsund“ wurde Anfang September 2015 gegründet mit dem Ziel, durch den Durchstich die Boddenregion zu beleben. Verbandsmitglieder waren damals der Landkreis und alle wichtigen Orte der Region.

nen Austritt aus dem Zweckverband. „Wir haben nur die Satzung abgelehnt“, so Meller. Prerows Bürgermeister René Roloff findet es „peinlich, dass Prerow den Stein ins Rollen gebracht hat.“

Vom Durchstich, also einer schiffbaren Wasserverbindung von der Ostsee über die Halbinsel Fischland-Darß-Zingst in den Bodden, hätte vor allem Ribnitz-Damgarten profitiert. Die Stadt plant auf der Halbinsel Pütznitz ein millionenschweres Hotelprojekt mit Seglerhafen. „Wir vertun eine große Chance“, sagt Ribnitz-Damgartens Bürgermeister Frank Ilchmann. Über die angestrebten Großprojekte brauche man nun nicht mehr zu diskutieren.

Zumindest gehe Zeit verloren, meint Barths Bürgermeister Stefan Kerth (SPD). „Die Region, der Tourismus und die Wirtschaft verlieren Jahre.“ So oder so müsse über einen Zusammenschluss gesprochen werden. Diese Diskussion beginne mit dem Ende des Zweckverbands, der erst vor zwei Jahren gegründet worden ist, von vorn.

